

## Substanzielles Protokoll 184. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Samstag, 16. Dezember 2017, 8.30 Uhr bis 12.22 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 125 Mitglieder

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |   |     |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen  |     |
| 3. | <a href="#">2017/311</a> | Weisung vom 13.09.2017:<br>Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und<br>Produktengruppen-Globalbudget) | FV  |
| 8. | <a href="#">2017/427</a> | E Postulat der AL-Fraktion vom 29.11.2017:<br>Anpassung der Planungs- und Bauprozesse im Portfolio<br>Schulen       | VHB |

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

### Persönliche Erklärung:

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu seiner Absenz an der gestrigen Rats-sitzung.

## Geschäfte

3589. 2017/311

**Weisung vom 13.09.2017:**

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 183, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

Antrag 152.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Patrick Albrecht (FDP):** *Wir unterstützen eine Steigerung der Effizienz bei energetischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen. Dass die Stadt in praktischen Anwendungsfällen und unter realen Bedingungen Innovationen umsetzt und austestet, ist zu begrüssen. Zum Teil setzen die Projekte, die auf diesem Konto verbucht werden, aber nichts um, sondern sind reine Papierstudien und haben Forschungscharakter. Die Umsetzung dieser Art von Projekten muss nicht unbedingt durch die Stadt, sondern kann geradeso gut durch Bildungsinstitutionen, etwa in Form von Studienarbeiten, erfolgen – falls nötig mit Hilfe oder unter der Leitung der Stadt. Der Einbezug von Studierenden in solche Projekte wäre eine Win-win-Strategie; die Studierenden lernen die Berücksichtigung realer Bedingungen, und die Stadt profitiert von jungem, innovativem Denken. Schliesslich freut sich auch der Steuerzahler, nämlich über tiefere Kosten.*

**Dorothea Frei (SP):** *Bei diesem Konto handelt es sich um einen Rahmenkredit; 2009 wurde eine Motion der AL mit einem Volumen von 10 Millionen Franken überwiesen. In der Rechnung 2016 ist ausgewiesen, dass rund 6 Millionen Franken bereits verwendet wurden und noch 4 Millionen Franken auf dem Konto eingestellt sind. Die Motion wollte nicht nur die energetische Sanierung von Liegenschaften, sondern verlangte ausdrücklich auch, dass es in diesem Bereich Forschungsarbeiten gibt. Es wurde damals auch gesagt, die Zusammenarbeit mit der ETH solle gesucht werden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Simon Kälin (Grüne):** Energetische und ökologische Sanierungen sind sehr wichtig im Gebäudebereich und ausschlaggebend für die 2000-Watt-Gesellschaft. Die Stadt ist gut unterwegs mit den 7-Meilenschritten. Im Zusammenhang mit ökologischen Sanierungen ist der Know-how-Transfer ein sehr wichtiges Thema und sicher könnten Projekte sinnvollerweise gemeinsam mit den Hochschulen durchgeführt werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Wir kooperieren durchaus mit der ETH und der Uni in all diesen energetischen Fragen. Wir führen einen ständigen Fachdialog, setzen gemeinsam Projekte um und tauschen neue Erkenntnisse aus.

**Thomas Schwendener (SVP):** Die 4 Millionen Franken sollen jetzt also auch noch schnell ausgegeben werden. Es gibt bereits andere Energiemassnahmen. Gegenüber dem Steuerzahler wird ein falsches Bild gezeichnet.

S. 288	40 4020 3141 0200	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Energetische/Ökologische Sanierungsmassnahmen in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>152.</b>	Antrag Stadtrat				800 000 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			150 000		650 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Eine Steigerung der Effizienz bei energetischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen ist wichtig und soll grundsätzlich fortgeführt werden. Forschungsbezogene Projekte sollen jedoch von Bildungsinstitutionen (z. B. ETH) durchgeführt werden. Falls nötig, soll dies unter der Leitung der Stadt geschehen			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 153.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Christoph Marty (SVP):** Wenn für nötig befundene Klausuren und Workshops weniger umfangreich geplant und in der Stadt durchgeführt werden, braucht es die Reise- und Spesenentschädigungen nicht in diesem Umfang. Die permanenten Kostensteigerungen sind eine direkte Folge einer sozialdemokratisch inspirierten Verwaltungstätigkeit, die den Staat für Planungsfragen verantwortlich hält. Die Einsparung wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Gemäss Antwort des Stadtrats geht es vor allem um Reisetätigkeit im Zusammenhang mit der Bauherrenaufgabe und weniger um Workshops. Störend ist, dass der Betrag, wenn der Gemeinderat ihn nicht kürzt, immer wieder automatisch erhöht wird; nächstes Jahr muss er deshalb wieder gekürzt werden.

S. 288	<b>40</b> <b>4020</b> <b>3170 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>153.</b>	Antrag Stadtrat				175 000 Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			40 000		135 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Zurückhaltender bauen, Priorisierung dringender Projekte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 154.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Wenn Kunstwerke, die im Rahmen von Kunst am Bau an Hochbauten angebracht wurden, wieder entfernt werden, müssen sie für die Ewigkeit fotografisch dokumentiert werden. Da sich unter den zahlreichen Angestellten des Amts für Hochbauten (AHB) und im ganzen Hochbaudepartement (HBD) offenbar niemand findet, der diese Aufgabe übernehmen könnte, muss jeweils ein externer, spezialisierter Fotograf beauftragt werden. Für fünf Kunstwerke werden 25 000 Franken budgetiert, also 5000 Franken pro Foto. Kunst am Bau soll zurückhaltender bewirtschaftet werden.

**Walter Angst (AL):** Es ist sinnvoll, Kunst am Bau für die Ewigkeit fotografisch festzuhalten. Der professionelle Fotograf macht wahrscheinlich nicht nur ein Foto, sondern eine ganze Fotoserie, und das ist ein sinnvoller Abschluss für ein Projekt.

S. 288	<b>40</b> <b>4020</b> <b>3180 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>154.</b>	Antrag Stadtrat				88 900 Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

48 900

40 000 Minderheit

Stefan Urech (SVP)  
Referent, Vizepräsident  
Michael Baumer (FDP),  
Peter Schick (SVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Verzicht auf speziellen Fotografen, zurückhaltende Bewirtschaftung von Kunst am Bau

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 155.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Angesichts des Durchschnitts der letzten drei Rechnungen sind 175 000 Franken klar zu hoch budgetiert. Der bisherige Betrag soll auch nächstes Jahr genügen.

**Dorothea Frei (SP):** Laut AHB wurden im langjährigen Schnitt von 2008 bis 2016 171 000 Franken für Gutachten, Expertisen, Studien und Analysen ausgegeben. Auf dieser Basis wurde für 2018 budgetiert und das erscheint uns richtig.

S. 288	40 4020 3180 0901	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Gutachten, Expertisen, Studien und Analysen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
155.	Antrag Stadtrat				175 000 Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			50 000		125 000 Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Tatsächliche Erfahrungswerte der letzten Rechnungsjahre

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 156.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Reto Vogelbacher (CVP):** Die Rechnungen 2014 bis 2016 waren im Bereich von 67 000 bis 88 000 Franken. Der Budgetantrag für 2018 will jetzt 100 000 Franken, aber diese Erhöhung ist nicht ganz richtig. Strategie- und Organisationsentwicklung wird im-

mer teurer. Wir beantragen eine sehr moderate Verbesserung um 20 000 Franken.

**Christoph Marty (SVP):** Organisationsentwicklung, Projektbegleitung und vor allem Strategieentwicklung sind Führungsaufgaben und als solche nur sehr bedingt delegierbar. Mit der Erhöhungsforderung wird der Kürzungsbeschluss des Gemeinderats für das Budget 2017 einfach ignoriert. Wir hoffen, dass die Forderung nicht das Eingeständnis des AHB ist, dass seine Kadermitarbeitenden den Anforderungen ihrer Stellen nicht gerecht werden. Auch hoffen wir weiter, dass der Departementsvorsteher die Kraft finden wird, auf seine Mitarbeiter einzuwirken, damit diese bereit sind, ihre Führungsverantwortung im erforderlichen Umfang wahrzunehmen. Eine Einsparung um 30 000 Franken ist das absolute Minimum und würde dem Budget 2017 entsprechen – alles andere ist nur ein unnötiges Kostenwachstum. Da wir ein Erfolgserlebnis wollen, schwenken wir zur Minderheit 1.

**Stefan Urech (SVP):** Die CVP sagt von sich immer, sie sei eine Mittepartei und vermittele zwischen Fronten. Allerdings war sie vorliegend nicht bereit, auf einen Kompromissvorschlag der SVP (25 000 Franken) einzugehen und beharrte auf einer Verbesserung um 20 000 Franken. Nun ist es die SVP, die zur CVP schwenkt.

**Walter Angst (AL):** Im AHB sowie im ganzen HBD wie auch im Schul- und Sportdepartement (SSD) sind grosse Aufgaben zu bewältigen. In dieser Situation kann man 20 000 Franken rausnehmen, aber der Auftrag bleibt bestehen und in diesem Kontext ist es sicher das falsche Signal.

Weitere Wortmeldung:

**Reto Vogelbacher (CVP):** Es ist ein Geben und Nehmen; diesmal musste die SVP nachgeben, nächstes Mal ist es dann wieder die CVP.

S. 289	<b>40</b> <b>4020</b> <b>3186 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>
--------	--	---

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>156.</b> Antrag Stadtrat			100 000 Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	20 000		80 000 Minderheit 1	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
	30 000		70 000 Minderheit 2	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: CVP: Nur moderate Erhöhung; SVP: Letztjährige Kürzung des Gemeinderats nicht ignorieren, Strategie- und Organisationsentwicklung kann nicht jedes Jahr mehr kosten

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(100 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(80 000)	62 Stimmen

Antrag Minderheit 2	(70 000)	<u>1 Stimme</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

## 2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

## Antrag 157.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Johann Widmer (SVP):** Hier geht es wieder um die Finanzierung von Energiesparmassnahmen im Sinn von Energie 2050 und der 2000-Watt-Gesellschaft. Angesichts der teils riesigen Projekte muss man sich fragen, ob ein privater Eigentümer das auch so machen würde, oder ob das HBD es nur macht, damit die linke Ratsseite zufrieden ist. Vor allem Projekte im Wärmeverbund sind nicht immer rentabel. Dahinter stehen Utopien und Ideologien, mit denen Steuergelder verschleudert werden und das ist nicht in Ordnung.

**Dorothea Frei (SP):** Es handelt sich um einen Auftrag des Parlaments von 2009. In der Rechnung 2016 wurden 8 Millionen Franken verbraucht, 9 Millionen Franken waren noch auf diesem Rahmenkredit eingestellt – innerhalb von 10 Jahren wurde also ungefähr die Hälfte verbraucht. Wir finden es sinnvoll, wenn der Rahmenkredit eingestellt ist und es einen klaren Auftrag der Parlamentsmehrheit gibt, damit das auch umgesetzt wird.

Weitere Wortmeldung:

**Simon Kälin (Grüne):** Die 2000-Watt-Gesellschaft ist keine Utopie, sondern beruht auf einem klaren Volksentscheid. Rund 75 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich haben damals Ja gestimmt.

S. 290 40  
4020  
563010

**HOCHBAUDEPARTEMENT**  
Amt für Hochbauten  
Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
157. Antrag Stadtrat			5 873 700 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	2 000 000		3 873 700 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Nicht in Massnahmen investieren, deren Wirkung zweifelhaft ist

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 158.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Christoph Marty (SVP):** Begründet wird diese Erhöhung wieder damit, dass die Harmonisierung des Spesenreglements des HBD zu Mehrkosten führe. Eine Harmonisierung müsste doch eher Einsparungen zur Folge haben, die Kostenexplosion von 50 Prozent ist für uns nicht nachvollziehbar. Mit einer Verbesserung um 12 000 Franken liegt der Betrag immer noch deutlich über der Rechnung 2016.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Das Thema wurde in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ausgiebig diskutiert. Aus Sicht der Mehrheit ist das rechtens und kann so unterstützt werden. Allerdings ist festzuhalten: Es geht um Geschenke bei Jubiläen oder Abgängen von Mitarbeitenden, für die bisher 200 Franken pro Ereignis eingestellt waren. Neu sollen es 800 bis 1000 Franken sein, wobei für die Jahre 2018 bis 2021 mit sieben bis acht Ereignissen gerechnet wird. Ich gehe deshalb davon aus, dass die 12 000 Franken bis 2021 reichen, und dass sie nächstes Jahr nicht noch einmal eingestellt werden. Allenfalls muss das nächste Jahr noch mal genauer angeschaut werden.

Weitere Wortmeldung:

**Thomas Schwendener (SVP):** Kürzlich wurde bei uns eine Kaderangestellte nach zwei Jahren Tätigkeit mit einem Aperitif verabschiedet. Was soll das Personal denken? Ich bin gespannt, ob ich dereinst auch einen Aperitif erhalte, nach 35 Jahren.

S. 291	40 4035 3099 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Baubewilligungen</b> <b>Übriger Personalaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>158.</b>	Antrag Stadtrat				47 000	Mehrheit
			12 000		35 000	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Begründung: Tiefere Kosten pro Ereignis budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 159.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** *Es geht um ein Instrument zur Messung der Bremsverzögerung von Liften. Es wird begründet, man müsse das nachkontrollieren können. LiftHersteller sind aber meist ISO-zertifiziert und müssen Standards einhalten, auch bei Umbauten. Messinstrumente sind ebenfalls zertifiziert und müssen jedes Jahr geeicht werden, sodass Unterhaltskosten anfallen. Wie es im Buch heisst, wurden diese aufwendigen Messungen bisher durch Fremdfirmen übernommen. Es wäre besser, das so beizubehalten.*

**Walter Angst (AL):** *Aus Sicht der Mehrheit ist die Budgetierung korrekt und es würde wenig Sinn machen, hier jetzt zu intervenieren.*

S. 291	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4035</b>	<b>Amt für Baubewilligungen</b>			
	<b>3111 0000</b>	<b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>159.</b>	Antrag Stadtrat				
				11 000	Mehrheit
			10 000	1 000	Minderheit
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Verzicht auf neues Messinstrument, vom Hersteller prüfen lassen	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 160. und 161. (Postulat GR Nr. 2017/427)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Walter Angst (AL)** begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3535/2017): *Bei der Realisierung von Schulbauten gibt es nach wie vor grosse Verzögerungen. Die Prozesse sind der wachsenden Stadt nicht mehr angepasst. 10 Jahre für einen Schulhausbau sind nicht angemessen angesichts der schnellen Veränderungen. Das Postulat fordert mit Nachdruck eine rasche Anpassung der Prozesse. Das betrifft nicht nur das HBD und nicht in erster Linie Immobilien Stadt Zürich (IMMO), sondern das ganze Zusammenspiel zwischen dem SSD und den verschiedenen Abteilungen des HBD wie IMMO, AHB, Amt für Städtebau (AfS) und weiteren – bis hin zur Liegenschaftenverwaltung (LV). Bei der Schulraumplanung zeichnet sich im Grossen keine Besserung ab. Insbesondere im Gebiet Altstetten ist es eine Katastrophe; in Anbetracht der Bautätigkeit müsste man dort eigentlich schon übermorgen 30 zusätzliche Schulzimmer haben, doch deren Realisierung ist noch überhaupt nicht klar. Ähnlich ist die Situation im Raum Albisrieden. Es scheint insbesondere im überbau-*

ten Gebiet schwierig, den Schulraum bereitzustellen. Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass offenbar doch schon eine Bewegung eingesetzt hat: Das Schulhaus Guggach, wo die Stadt bereits im Besitz des Lands ist, soll nun innerhalb von sechs Jahren realisiert werden. Damit bewegt man sich in Richtung der im Postulat formulierten Zielgrösse: Sechs Jahre zwischen Planungsbeginn und Bezug. Ähnlich positiv scheint es beim Schulhaus Freilager zu laufen. Die Bauprozesse sollen angepasst werden, denn darin liegt das Hauptoptimierungspotenzial. Wenn die IMMO eine Beschleunigung schafft, erhält sie auch die zusätzlichen Ressourcen. Andernfalls ist die gewünschte Ressourcenzuteilung nicht möglich. Zehn Jahre nach «Zürich baut gut und günstig» ist es an der Zeit, Massnahmen einzuleiten, die Ergebnisse bringen. Die bei den Stellen gestellten Anträge sind um die Hälfte zu reduzieren. Wenn die Ressourcen nachgewiesen sind und wir sehen, dass es umgesetzt wird, ist aus Sicht der AL auch noch ein Zusatzkredit möglich. Wir wünschen regelmässige Information über den Vorgang der Arbeiten bei der Reorganisation der Prozesse.

**Stefan Urech (SVP):** Die IMMO wächst und hat immer mehr Ausgaben, wobei einzelne Investitionen absurd sind, wie wir später noch erfahren werden. Da wir keinen genauen Einblick haben, können wir die weniger als 10-prozentige Kürzung nicht anders begründen als damit, dass man sich auf dringend notwendige Investitionen konzentrieren und weniger Dringendes auf später verschieben soll. Wenn man Prozesse vereinfachen und Sachen beschleunigen will, muss man vom riesigen Verwaltungsapparat einfach gewisse Scheiben abschneiden.

**Dorothea Frei (SP):** Wir haben gehört, wie gross das Investitionsprogramm ist, das die IMMO zu stemmen hat und gesehen, in welchen Schritten die Investitionen umgesetzt werden. Es ist ja nicht so, dass die IMMO es von sich aus gut findet zu bauen; viele Dinge hat der Gemeinderat bestellt, so z. B. die Dreifachturnhalle in Witikon und Schulhäuser. Der Rat kann nicht dauernd Sachen verlangen und fordern, es müsse schneller gehen, ohne der IMMO die entsprechenden Stellen zu geben. Erhöhen wir die Kapazität und schauen wir, dass gebaut werden kann – nachher können wir schauen, was mit den Stellen ist. Um den Stau zu bewältigen, braucht es Leute. Wir unterstützen das Postulat, die Prozessanpassungen sollen parallel laufen.

**Thomas Schwendener (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Das Projekt ist nicht realisierbar, denn es gibt verschiedene Planungsprozesse zwischen der Stadt und dem Kanton Zürich. Die linke Ratsseite will immer mehr auch die Eltern in solche Prozesse miteinbeziehen – doch zu viele Köche verderben den Brei. Zudem müssen Submissionsverfahren durchgeführt werden, die Stadt ist kein privater Unternehmer. Zuerst müssten einmal Standards für Schulzimmer und Schulhäuser festgelegt werden. Man kann jetzt nicht einfach von hinten anfangen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** In der Stadt dauert es heute in der Regel zehn Jahre vom Planungsstart bis zum Bezug eines neuen Schulhauses, das ist zu lange. In den nächsten sieben Jahren werden in der Stadt 7200 zusätzliche Kinder in die Schule und in den Kindergarten gehen, es braucht also – unter Annahme einer relativ hohen Klassengrösse von 22 Kindern – 330 zusätzliche Klassenzimmer (sowie auch noch zusätzliche Horträume). Selbst wenn man damit rechnet, dass ein grosser Teil der Kindergärten ausserhalb der Schulhäuser untergebracht werden, bleibt die Tatsache, dass bis August 2025 mindestens 260 zusätzliche Klassenzimmer in der Stadt bereitstehen müssen. Gemäss dem Bericht «Schulraumplanung» sind bis dann aber nur 104 zusätzliche Klassenzimmer bezugsbereit. Es zeichnet sich also ab, dass die Stadt das akute Raum-

problem mit etwa 40 weiteren «Züri-Modular»-Pavillons (ZM-Pavillons) lösen will. 2018 stehen bereits 65 ZM-Pavillons auf Zürcher Schulanlagen. Aus unserer Sicht sind das Notlösungen, die den Schülerinnen und Schülern meistens den Pausenplatz oder die Spielwiese wegnehmen. Dieser Freiraum ist aber sehr wichtig für eine gesunde Entwicklung und für die Lernmotivation. Mit einer Beschleunigung des Verfahrens bei Neu- und Erweiterungsbauten könnten weitere Schulhäuser bis 2025 statt erst bis 2027 realisiert werden. So könnte man ab 2025 auf zusätzliche ZM-Pavillons verzichten oder sogar ein paar Pavillons abbauen und so den Kindern den Pausenplatz wieder zurückgeben. Um neue Schulhäuser schneller als bisher zu bauen, braucht es sowohl eine Vereinfachung der Prozesse als auch geringfügig mehr Personal im HBD.

**Michael Baumer (FDP):** Infrastrukturen müssen erstellt und finanziert werden können, das gilt natürlich insbesondere für den Schulraum. Den Ausführungen von Walter Angst (AL) können wir im Wesentlichen zustimmen. Wir unterstützen auch, dass Dritte einen Beitrag leisten können. Wenn die Schülerzahl in einem Quartier steigt, sinkt sie in der Regel nach einer gewissen Zeit auch wieder. Es könnten neue Modelle geprüft werden.

**Isabel Garcia (GLP):** Im Rahmen der Beschaffung von sechs zusätzlichen ZM-Pavillons gab es im Gemeinderat Ansätze einer Grundsatzdebatte zu diesem sehr wichtigen Thema. Die GLP sieht einen sehr grossen Handlungsbedarf und hat verschiedene Handlungslinien zur Verbesserung der Situation aufgezeigt. Eine davon entspricht genau der Forderung des Postulats: Es besteht wirklich ein Problem mit extrem komplizierten und langwierigen Prozessen – diese können sicher gestrafft werden. Weiter ist auch wichtig, dass man beim Thema Denkmalschutz den gesunden Menschenverstand einschaltet. Die Handlungslinie, die man verfolgt, muss natürlich mit entsprechenden Anträgen im Budget untermauert werden.

**Reto Vogelbacher (CVP):** Das Postulat ist sinnvoll. Gewisse Schritte in einem Prozess können wahrscheinlich wirklich schneller gemacht werden. Es gibt aber auch sequenzielle Schritte, die sich kaum verkürzen lassen. Aber es ist ein edles Ziel und eine Anregung, die Zeitspannen zu verkürzen. Das HBD hat auch signalisiert, dass es hierzu gewillt und bemüht ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Die Schulraumplanung ist eine Herausforderung in einer wachsenden Stadt. Es wurde durchaus schon einiges gemacht, indem der Investitionsplafond von 200 auf 245 Millionen Franken erhöht wurde – diese Erhöhung fliesst richtigerweise in den Bereich Schulraumbedarf, dem Schwerpunkt der nächsten Jahre. Zur Umsetzung von Investitionen braucht es Planung und Finanzen. Der Prozess muss angeschaut werden und das wird auch schon gemacht. Gewisse Sequenzen müssen seriell geschaltet sein, andere Bereiche lassen sich durchaus koordinieren, sodass die Köche gemeinsam schnell unterwegs sind und nicht den Brei verderben. Wenn man den Prozess von A bis Z anschaut, ist eine ganze Kette von Dienstabteilungen beteiligt: Schulamt (SAM), Schulpräsidien, Denkmalpflege im AfS, IMMO, AHB – und wenn es um den Kauf von Land geht, kommt auch noch die LV hinzu. Gespräche zu diesem Thema habe ich in der Klausur des Stadtrats bereits geführt, bevor die Anträge auf dem Tisch lagen. Ich nehme das Postulat auch als Auftrag, die Sache gemeinsam mit den involvierten Dienstabteilungen und Stadträten anzupacken. Es ist klar, dass wir in dieser Frage mit der RPK, der Spezialkommission und dem ganzen Gemeinderat im Dialog bleiben werden.

S. 293	<b>40 4040 3010 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>160.</b>	Antrag Stadtrat				32 779 200 228 000 N	Minderheit 1 Dorothea Frei (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			350 000		32 657 200	Mehrheit Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			3 277 900		29 729 300	Minderheit 2 Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	AL: Von 7 im Budget eingestellten Stellen (2 vom Gemeinderat im Budget nicht bewilligte Stellen sind im Stellenplan, aber nicht budgetiert) werden 3,5 Stellen bewilligt. Der Lohn für 3,5 Stellen wird gekürzt. Bei Umsetzung Postulat GR Nr. 2017/427 kann ZK beantragt werden; SVP: Verzicht auf nicht dringende Investitionen und fortlaufende Datenbereinigung eigener Liegenschaften, Stellenreduktion bei Fachstelle Kunstsammlung			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(33 007 200)	53 Stimmen
Antrag Mehrheit	(32 657 200)	50 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(29 729 300)	<u>22 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 72 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

### 3607. 2017/427

#### **Postulat der AL-Fraktion vom 29.11.2017: Anpassung der Planungs- und Bauprozesse im Portfolio Schulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3535/2017).

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/311, Beschluss-Nr. 3589/2017, Antrag Nr. 160.

Das Postulat wird mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 162.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Christoph Marty (SVP):** *In der Privatwirtschaft – und wahrscheinlich auch in anderen Departementen – gibt es das nicht, dass eine Harmonisierung viel höhere Kosten bewirkt. Mittlerweile geht praktisch das ganze Steuersubstrat der Stadt für die städtischen Angestellten drauf – und nun soll es wieder um 50 Prozent teurer werden. Durch die beantragte Verbesserung läge der Betrag immer noch deutlich über der Rechnung 2016.*

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Das Thema wurde bereits unter früheren Anträgen und zuletzt unter Antrag 158. behandelt. Aus Sicht der Mehrheit gibt es nichts hinzuzufügen.*

S. 293	40 4040 3099 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> Immobilien Stadt Zürich Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>162.</b>	Antrag Stadtrat				211 000	Mehrheit
			51 000		160 000	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Tiefere Kosten pro Ereignis budgetieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 163.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** *Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sollen zurückhalten-der angeschafft werden. Fahrzeuge sollen nicht bereits nach 100 000 km ersetzt wer-*

den. Zudem zeigt sich wieder, dass das Budget gegen Ende des Jahres noch möglichst aufgebraucht wird («Novemberfieber»). Eine 10-prozentige Verbesserung ist sowohl bei Antrag 163. als auch bei Antrag 164. realistisch und angemessen.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Auf beiden Konten wurde letztes Jahr gekürzt und dieses Jahr wurde auch nicht mehr eingestellt, also können wir die Anträge 163. und 164. des Stadtrats unterstützen.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3111 0111</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>163.</b>	Antrag Stadtrat				750 000	Mehrheit
			75 000		675 000	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP)
						Begründung: Maschinen, Geräte, Fahrzeuge zurückhaltender anschaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 164.

Wortmeldungen siehe Antrag 163.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3111 0206</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>164.</b>	Antrag Stadtrat				680 000	Mehrheit
			68 000		612 000	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP)
						Begründung: Maschinen, Geräte, Fahrzeuge zurückhaltender anschaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Auch dieses Jahr glauben wir nicht, dass es jedes Jahr den gleichen Betrag braucht, um Vorhänge zu ersetzen. Eine Kürzung um 7500 Franken bzw. 16 500 Franken würde überhaupt nicht wehtun, auch wenn es dabei u. a. um Flaggen geht.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Wir bewegen uns hier im langjährigen Schnitt. Die Kürzungen machen den Braten nicht fett. Vor zwei Jahren ging es übrigens um die Reinigung der Vorhänge, nicht um die Anschaffung.

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** Obwohl beide Kürzungsanträge unter 10 000 Franken liegen, schliessen wir uns der Minderheit an.

**Dorothea Frei (SP):** Im Reglement über die Beflaggung öffentlicher Standorte (Beflaggungsreglement, AS 700.230) ist geregelt, bei welchen Anlässen die Stadt Zürich wie beflaggt werden muss. Flaggen werden hin und wieder geklaut, ausserdem gehen sie in Wind und Wetter kaputt und müssen von Zeit zu Zeit ersetzt werden – dieser Posten bewegt sich jedes Jahr etwa im gleichen Rahmen. 120 Schulanlagen, 300 Kindergärten, 350 Kinderhorte, über 10 000 Arbeitsplätze und Spezialräume, die mit Textilien ausgestattet werden müssen, rechtfertigen den ganzen Betrag.

**Stefan Urech (SVP):** Wenn in Schulhäusern und Kindergärten Vorhänge ersetzt werden müssen und das Budget nicht ausreicht, könnte dies als Anlass für ein Projekt im Handwerkkunterricht genommen werden: Mit den Kindern Vorhänge nähen, statt sie von der IMMO liefern lassen.

S. 294	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4040</b>	<b>Immobilien Stadt Zürich</b>			
	<b>3114 0100</b>	<b>Anschaffungen Vorhänge, Stoffe und übrige Textilien: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
<b>165.</b>	Antrag Stadtrat				75 000 Mehrheit
				7 500	67 500 Minderheit
					Enthaltung
		Begründung:	Vorhänge und übrige Textilien zurückhaltender anschaffen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 166.

Wortmeldungen siehe Antrag 165.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3114 0200</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Anschaffungen Vorhänge, Stoffe und übrige Textilien: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>166.</b>	Antrag Stadtrat				165 000	Mehrheit
			16 500		148 500	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP)
			Begründung: Vorhänge und übrige Textilien zurückhaltender anschaffen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 167.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Die Kunstsammlung der Stadt hat eine über 100-jährige Geschichte und umfasst über 34 000 Bilder von zeitgenössischen Kunstschaffenden. 13 000 Bilder hängen in Verwaltungsgebäuden und etwa 20 000 Bilder befinden sich im Lager. Bis 2009 wurde nicht richtig geschaut, welche Bilder wo hängen, es wurden keine Leihscheine ausgestellt und kein Inventar geführt. Einige Bilder sind verschwunden und bis jetzt nicht wiedergefunden worden. Solange die vermissten Bilder nicht gefunden werden, müssen auch keine neuen angeschafft werden bzw. es befinden sich genügend Bilder an Lager, sodass die Hängung periodisch ausgewechselt werden kann.

**Michael Baumer (FDP):** Für die Mehrheit der RPK ist die Kunstsammlung sinnvoll. Während die Minderheit den Fokus vor allem auf die Sammlung gelegt hat, ist für die Mehrheit insbesondere auch der im Kulturleitbild erwähnte Teil entscheidend: Indem lebende Künstlerinnen und Künstler mit Bezug zur Stadt Zürich gefördert werden, wird in der Kunstförderung ein Fokus gesetzt, der über die Museen nicht möglich ist. Die Stadt hat Anstrengungen unternommen, den fehlenden Bildern nachzugehen und in Zukunft dafür zu sorgen, dass die Kunstwerke ihren Sinn und Zweck erfüllen, nämlich an den leeren Wänden der Verwaltungsveranstaltungen zu hängen.

Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Der Antrag fordert nicht, dass nie mehr Kunst angeschafft wird, vielmehr soll dies nur noch alle fünf Jahre geschehen. Ich fordere die neuen Gemeinderatsmitglieder der FDP auf, sich ihrem mutigen Kollegen Raphaël Tschanz (FDP) anzuschliessen. Es ist keine staatliche Aufgabe, jedes Jahr für 25 000 Franken Bilder zu kaufen.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3117 0101</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Anschaffungen Kunstgegenstände und Bilder: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>167.</b>	Antrag Stadtrat				25 000	Mehrheit
			25 000		0	Minderheit
			Begründung: Nur noch alle 5 Jahre neue Kunstgegenstände und Bilder anschaffen, vorübergehend Artikel aus Lager verwenden			
			Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 168.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Es kommt immer wieder vor, dass die IMMO Tische und Stühle ersetzt, die noch absolut funktional wären. Wir sind fest davon überzeugt, dass es auch mit einer 10-prozentigen Kürzung geht.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Die Beiträge wurden in den vorangegangenen Jahren nicht ausgeschöpft, wenn es nicht nötig war. Zudem sind die Beiträge gegenüber 2014 sogar gesunken. Deshalb sehen wir keinen Grund für eine pauschale Kürzung um 10 Prozent, die von der Minderheit nicht genau begründet wurde.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3119 0200</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Anschaffungen übrige Mobilien: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>168.</b>	Antrag Stadtrat				3 225 000	Mehrheit
			322 500		2 902 500	Minderheit
			Begründung: Mobilien zurückhaltender anschaffen			
			Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 169.

Wortmeldungen siehe Antrag 168.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3130 0201</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>169.</b>	Antrag Stadtrat				2 745 000	Mehrheit
			274 500		2 470 500	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
				Begründung:		
						Material zurückhaltender anschaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 170.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Der Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre liegt bei 34 Millionen Franken. Eine moderate Kürzung auf 35 Millionen Franken ist problemlos möglich.*

**Dorothea Frei (SP):** *Die IMMO sagt selber, der Aufwand für den Unterhalt werde im nächsten Jahr geringer sein, und hat deshalb gegenüber dem Budget 2017 selber 2,33 Millionen Franken eingespart. Es bedarf keiner weiteren Kürzung durch den Gemeinderat.*

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3141 0100</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>170.</b>	Antrag Stadtrat				36 710 000	Mehrheit
			1 710 000		35 000 000	Minderheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Gemäss Erfahrungswerten der letzten 3 Jahre

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 171.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Der Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre liegt bei 28 Millionen Franken. Die Minderheit schlägt eine Erhöhung dieses Durchschnittswerts um 2 Millionen Franken vor – das reicht sicher.

**Dorothea Frei (SP):** Die IMMO begründet den Betrag in erster Linie mit Mehraufwand aufgrund des wachsenden Teilportfolios der Schulhausbauten. Auch nimmt der Unterhaltsaufwand wegen einer intensivierten Nutzung der Schulfläche, der Betreuung und der Tagesschulen zu. Die Budgetierung scheint uns korrekt.

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Hier geht es um das gleiche Thema wie im vorhergehenden Antrag, aber jetzt will die CVP nicht mehr mitmachen. Warum? Die SVP hat nun ein paar mal etwas gegeben und jetzt will sie etwas bekommen.

**Christian Traber (CVP):** Wir haben die Antworten genau studiert. Hier geht es um den erhöhten Bedarf an Schulflächen wie auch um Sportanlagen – das HBD braucht das Geld. Der Antrag 170. schien uns hingegen nicht gut begründet.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3141 0201</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>171.</b>	Antrag Stadtrat				31 582 000	Mehrheit
			1 582 000		30 000 000	Minderheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Gemäss Erfahrungswerten der letzten 3 Jahre

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Der dreijährige Rechnungsschnitt liegt bei 2,2 Millionen Franken. Die Minderheit schlägt eine Erhöhung um 1,8 Millionen Franken vor und ist der Ansicht, dass selbst in einer wachsenden Stadt ein Betrag von 2,4 Millionen Franken ausreichen sollte.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass das korrekt budgetiert ist. Es gibt in den letzten Jahren mehr gemietete Liegenschaften, z. B. auch jene in der Florhofgasse.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3143 0100</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Unterhalt und Reinigung der gemieteten Liegenschaften: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>172.</b>	Antrag Stadtrat				2 620 000	Mehrheit
			220 000		2 400 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Gemäss Erfahrungswerten der letzten 3 Jahre

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Die Budgets wurden in den Vorjahren massiv unterschritten, der Schnitt liegt bei 670 000 Franken und damit deutlich unter dem Betrag, den die Minderheit vorschlägt.

**Felix Moser (Grüne):** Der Betrag ist gemäss der gemieteten Quadratmeterfläche budgetiert und geht leicht zurück. Letztes Jahr musste überdurchschnittlich wenig in den baulichen Unterhalt investiert werden, deshalb ist die Berechnung des Durchschnitts nicht sinnvoll.

S. 294	40 4040 3143 0200	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Unterhalt und Reinigung der gemieteten Liegenschaften: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
173.	Antrag Stadtrat				834 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			34 000		800 000	Minderheit Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Gemäss Erfahrungswerten der letzten 3 Jahre			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 174.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Christoph Marty (SVP):** Die SVP lehnt einen Staat, der einen von der Wiege bis zur Bahre betreuen soll, ab. Sie sieht keine Notwendigkeit für zusätzliche Betreuungseinrichtungen und empfiehlt, beim Betrag in der Höhe des Budgets 2017 zu bleiben.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Hier geht es auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Mehrheit unterstützt den Antrag des Stadtrats.

S. 295	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4040</b>	<b>Immobilien Stadt Zürich</b>			
	<b>3160 0200</b>	<b>Miete und Pacht von Liegenschaften: Schule</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
<b>174.</b>	Antrag Stadtrat				
					9 003 600 Mehrheit
					Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			300 000		8 703 600 Minderheit
					Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf zusätzliche Betreuungseinrichtungen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 175.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Reto Vogelbacher (CVP):** Im Budget 2017 waren 27 Millionen Franken eingestellt, in der Rechnung 2017 waren es nur 23 Millionen Franken – und jetzt sollen es im Budget 2018 knapp 30 Millionen Franken sein. Die Minderheit 1 schlägt eine moderate Verbesserung um 1,8 Millionen Franken vor.

**Stefan Urech (SVP):** Das Investitionsprogramm der IMMO ist ein etwa 15-seitiges PDF-Dokument. Für einen Milizpolitiker ist es fast nicht machbar, jedes einzelne aufgelistete Projekt genau zu prüfen. Gewisses fällt aber auf, so z. B. die WC-Anlagen im Stadion Letzigrund: Es soll ein WC zwischen der Südkurve und dem angrenzenden Sektor erstellt werden. Dies sei aus Sicherheitsgründen nötig, damit die Südkurve-Fans nicht auf das gleiche WC müssen wie die Fans vom angrenzenden Sektor, bei denen es sich aber um Fans der gleichen Mannschaft handelt. Dies, wie übrigens auch das unnötige Projekt im Schauspielhaus, ist ein Zufallsfund und daraus können wir schliessen, dass das PDF weitere unnötige Sachen enthält, auf die verzichtet werden kann.

**Felix Moser (Grüne):** Es geht um den grossen Kredit für die Planungskosten, die nötig sind, um das ganze Bauprogramm durchzuführen. Es geht nicht in erster Linie um die WC-Anlagen im Letzigrund, sondern vor allem um Schulhäuser. Um die erforderlichen Schulhausbauten realisieren – und auch beschleunigen – zu können, sind die Investitionen nötig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Wenn man beschleunigen will, braucht es – abgesehen von dem, was bei den Prozessen möglich ist – Planungsgelder. Denn: Wer nicht plant, der baut am Schluss auch nicht. Es geht nicht auf, wenn gefordert wird, es müsse schneller gehen und mehr gemacht, aber weniger geplant werden.

S. 295	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3182 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>175.</b>	Antrag Stadtrat				29 800 000	Mehrheit
			1 800 000		28 000 000	Minderheit 1
			2 980 000		26 820 000	Minderheit 2
		Begründung:	CVP: Nur moderate Erhöhung; SVP: Nur zwingend Notwendiges aus dem Investitionsprogramm umsetzen, Verzicht auf unnötige Posten wie z. B. Bühne Schauspielhaus, neue WC-Anlagen im soeben erst gebauten Stadion			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(29 800 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(28 000 000)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(26 820 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zugestimmt.

Antrag 176.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** In den letzten drei Jahren wurden im Schnitt 180 000 Franken gebraucht. Der Antrag des Stadtrats bedeutet also eine erhebliche Erhöhung, die aus unserer Sicht nicht glaubwürdig begründet ist.





S. 306	<b>45</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b>			
	<b>4500</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung</b>			
	<b>3010 0000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>178.</b>	Antrag Stadtrat			2 471 900 Mehrheit	Christian Traber (CVP)
				- 40 300 N	Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		247 000		2 184 600 Minderheit	Stefan Urech (SVP)
					Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung: Überprüfung Stellenplan, Optimierungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 179.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Die Mehrheit beantragt, das Budget im Wesentlichen zu genehmigen, einschliesslich des Novemberbriefs und des darin eingestellten Projekts «Cool City». Eine Minikorrektur möchten wir bei der Kommunikation vornehmen, wo man bisher auch ohne Drittaufträge ausgekommen ist. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) ist jenes Departement mit den meisten internen Kommunikationsstellen.

**Christian Traber (CVP):** Dieses Konto umfasst zahlreiche kleinere und grössere Positionen. Im Novemberbrief wurde ausdrücklich das Projekt «Cool City» erwähnt und es wurden zusätzlich 65 000 Franken eingestellt. Die Minderheit will das nicht, auch im Wissen darum, dass 40 000 Franken vom Bund zurückkämen, die Einsparung netto also nur 25 000 Franken betragen würde.

S. 306	<b>45</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b>			
	<b>4500</b>	<b>Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung</b>			
	<b>3180 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>179.</b>	Antrag Stadtrat			309 000	
				65 000 N	
		65 000		309 000 Minderheit	Christian Traber (CVP)
					Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		10 000		364 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: FDP: Verzicht auf Umsetzung Projekt «Cool City»; SP: Reduktion bei Kommunikation und Reserve

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(374 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(309 000)	74 Stimmen
Antrag Minderheit	(364 000)	<u>50 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 180. und 181.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** 2016 stammten beim Elektrizitätswerk (ewz) 9,1 Prozent der produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen. Für 2017 strebte das ewz eine Steigerung auf 9,6 Prozent an. Jetzt ist plötzlich ein Rückgang auf 7,8 Prozent vorgesehen. Begründet wird dies mit auslaufenden Langfristverträgen bei Kleinwasserkraftwerken. Für uns ist durchaus nachvollziehbar, dass Verträge entfallen können, gleichzeitig sind wir der Meinung, dass in solchen Fällen andere Verträge abgeschlossen werden sollten, um den Anteil der entsprechenden Energie wenigstens konstant zu halten. Der Anteil von 2016 sollte 2018 wieder erreicht werden können. Das Ziel muss sein, besser zu werden oder wenigstens gleich gut zu bleiben.

**Christian Traber (CVP):** Aus unserer Sicht setzt das ewz realistische Ziele, insbesondere vor dem Hintergrund der Nachfragen im Zusammenhang mit dem Budget 2018 und dem Trimesterbericht, die aufzeigten, wieso die Kleinwasserkraftwerke wegfallen. Wir sind sehr froh, dass das ewz wirtschaftlich denkt und nicht um jeden Preis solche Energie einkauft. Andererseits fliesst das Werk Borkum erst 2019 in die Statistik ein, sodass die Zahlen dann vermutlich wieder anders aussehen werden.

Weitere Wortmeldungen:

**Andreas Kirstein (AL):** Die AL wechselt von der Mehrheit zur Minderheit. Die beiden Anträge wurden in der Kommission ausreichend erklärt. Neben dem Anteil der neuen und erneuerbaren Energie, der heraufgesetzt und erreicht werden muss, gibt es das Gebot der Wirtschaftlichkeit. Was man nicht produzieren kann, kann man auch nicht verkaufen. Allerdings glaube ich schon lange nicht mehr an eine grosse Wirkung von Steuergrössen in Globalbudgets.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** Bei der Erreichung des langfristigen Ziels im Bereich erneuerbarer Energie aus Langfristverträgen und Eigenproduktion sind wir auf Kurs. Das Problem ist

*aber, dass diese Qualitäten auch verkauft werden müssen. Was nicht verkauft werden kann, weil zu viel aus eigener Produktion vorliegt, muss abgeschrieben werden. Das kostet und dürfte – da wir gehalten sind, wirtschaftlich zu handeln – gar nicht geschehen. Egal, wie hoch der Anteil gesetzt wird: Das Ziel wird erreicht, denn wir sind subtil unterwegs. Aber ich bitte darum, nicht falsche Anreize zu setzen.*

S. 148	<b>45</b> <b>4530</b> <b>PG 2</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>180.</b>	Antrag Stadtrat			Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungs-grösse U1 «Anteil aus neuen erneuerbaren Energiequellen an der Gesamtproduktion» auf 9,1 % festzusetzen.		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Anteil der Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen sollte im Vergleich zum Ist-Zustand 2016 mindestens gehalten werden			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 181.

Wortmeldungen siehe Antrag 180.

S. 148	<b>45</b> <b>4530</b> <b>PG 2</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>181.</b>	Antrag Stadtrat			Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungs-grösse U2 «Menge der produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energie-quellen (in GWh)» auf 448 GWh festzusetzen.		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Anteil der Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen sollte im Vergleich zum Ist-Zustand 2016 mindestens gehalten werden (448 GWh entsprechen 9,1 % der geplanten Energiemenge 2018)			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 182.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Tognella (FDP):** *Aus den Details der Lesung und den Antworten darauf erschliesst sich mir nicht ganz, was z. B. IT-Mitarbeitende der Verkehrsbetriebe (VBZ) mit den neuen Hybrid-Bussen zu tun haben und wieso der Kredit erweitert werden musste. Der Betrag soll wieder auf 1,23 Millionen Franken zurückgefahren werden – ein erquicklicher Beitrag für eine attraktive Aus- und Weiterbildung des Personals, einschliesslich des Kaders. Persönlich bin ich sowieso der Überzeugung, dass gerade im Technikbereich nicht nur das Kader, sondern auch jene Leute, die draussen arbeiten, fachliche Schulungen geniessen sollten.*

**Christian Traber (CVP):** *Auf dem Konto sind verschiedene Ausbildungen enthalten. Das 2016 gestartete Kaderentwicklungsprogramm soll fortgeführt werden. Der Inhalt des Programms ist in den Antworten detailliert erläutert und ich habe es so verstanden, dass sich diese Schulung auch auf Kaderleute, die nicht nur am Bürotisch sitzen, bezieht. Das Konto ist sehr volatil, es scheint also nur das budgetiert zu werden, was wirklich nötig ist.*

S. 315	45 4540 3091 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Verkehrsbetriebe</b> <b>Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>182.</b>	Antrag Stadtrat				1 434 700	Mehrheit
			204 600		1 230 100	Minderheit
		Begründung:	Verzicht auf Mehrkosten im Bereich Kaderentwicklungsprogramm, Schulung von Technik-Mitarbeitenden für neue Hybrid-Busse. Soll auf Niveau Budget 2017 integriert werden (Verzichtsplanung)			
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 183.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Shaibal Roy (GLP):** *Innerhalb der Stadtverwaltung soll es in Bezug auf gleiche Fahr-*

zeuge eine einheitliche Regelung für die Ersatzbeschaffung geben. Es soll eine Anzahl Jahre oder Kilometer festgesetzt werden – bei den VBZ analog zur Stadtpolizei (Stapo). Es ist nicht ergründbar, warum es bei den VBZ eine grössere Abnutzung geben sollte.

**Christian Traber (CVP):** Die RPK wird die Fahrzeugpolitik und die Tätigkeit der Fahrzeugkommission Anfang 2018 noch genau anschauen. Neben der Kilometerzahl gibt es noch andere Aspekte, z. B. die Anzahl Jahre: Die Servicewagen der VBZ machen weniger Kilometer pro Zeiteinheit als die Streifenwagen der Stapo, die praktisch rund um die Uhr unterwegs sind. Indem ältere Fahrzeuge durch Neuwagen ersetzt werden, können die Umweltfreundlichkeit, die Lärmsituation usw. verbessert werden. Zudem sinken die Wartungskosten. Der Ersatz ist angezeigt und im Sinn des Reglements.

S. 316	45 4540 3111 0100	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> Verkehrsbetriebe Anschaffungen Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>183.</b>	Antrag Stadtrat				355 000	Minderheit
			100 000		255 000	Mehrheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Stadtpolizei ersetzt ihre VW T5 erst nach 250 000 Kilometern, bei VBZ deshalb kein Ersatz bereits nach 180 000 Kilometern erforderlich		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 184.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Johann Widmer (SVP):** Es soll hier wieder Material in sehr grossen Beträgen angeschafft werden – es gleicht einer Wunschliste für das Christkind. Wir finden das nicht sinnvoll. Die Anschaffungen könnten besser gestaffelt und gewissenhafter budgetiert werden. Wir beantragen, den Betrag um ungefähr einen Drittel zu kürzen.

**Christian Traber (CVP):** Wenn man die Antworten genau liest, erweist sich eine Staffellung als nicht einfach möglich. Bei der Lehrwerkstatt wie auch bei den Zentralwerkstätten gilt es, geänderte Sicherheitsvorschriften einzuhalten und es müssen gewisse Maschinen angepasst werden. Daher ist der erhöhte Betrag in diesem Jahr sicher gerechtfertigt.

S. 316	<b>45</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b>			
	<b>4540</b>	<b>Verkehrsbetriebe</b>			
	<b>3111 0112</b>	<b>Anschaffungen Maschinen und Geräte</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>184.</b>	Antrag Stadtrat			976 500 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		300 000		676 500 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung: Anschaffungen besser staffeln und planen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 185.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dubravko Sinovcic (SVP):** Hier sind u. a. 90 000 Franken für iPads budgetiert. Auf den ersten Blick erscheinen iPads sinnvoll, weil dadurch Druckkosten gespart werden könnten. Doch wenn ein iPad zu Boden fällt, ist es – im Gegensatz zu einem Blatt Papier – kaputt. Und wenn iPads draussen bei Wind und Wetter verwendet werden, sind auch wetterfeste Hüllen nötig – diese würden dann wohl nächstes Jahr budgetiert oder mit einem Nachtragskredit beantragt. Es sind auch noch eine 360°-Panorama-Kamera und eine GoPro-Action-Kamera budgetiert. Es erschliesst sich mir nicht, wofür das nötig sein sollte. Zudem sind wir überzeugt, dass sich noch mehr Sachen auf der Liste finden lassen, die nicht dringend notwendig sind.

**Christian Traber (CVP):** Wenn man nicht weiss, warum gewisse Geräte gebraucht werden, könnte man in der RPK entsprechende Fragen stellen, was vorliegend aber nicht passiert ist. Die Mehrheit erachtet die Anschaffung von iPads als sinnvoll. In der schriftlichen Begründung der Minderheit heisst es, es sei gemäss Rechnung 2016 zu budgetieren. 2016 war der Rechnungsbetrag aber ausserordentlich tief, während er in allen anderen Jahren deutlich höher war. Unserer Meinung nach wurde sinnvoll budgetiert und die Sachen sollen angeschafft werden.

S. 316	<b>45</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b>			
	<b>4540</b>	<b>Verkehrsbetriebe</b>			
	<b>3112 0000</b>	<b>Anschaffungen IT-Anlagen Hardware</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>185.</b>	Antrag Stadtrat			209 800 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		150 000		59 800 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung: Gemäss Rechnung 2016 budgetieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 186.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dubravko Sinovcic (SVP):** Dieser Budgetposten umfasst verschiedene Kleinstpositionen und weist jährlich grosse Schwankungen auf. Manche Investitionen sind vom Kanton Zürich vorgegeben und teils budgetneutral. Über die Jahre hinweg kann man hier aber sicher priorisieren, damit es nicht zu so grossen Schwankungen kommt.

**Christian Traber (CVP):** Dieser Budgetposten scheint der Mehrheit richtig budgetiert. Die geplanten Anschaffungen sind sinnvoll. Es wurde u. a. deutlich erläutert, dass gewisse Sachen vom Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) rückfinanziert werden und teilweise angeschafft werden müssen. Die Position war übrigens sowohl im Budget 2017 als auch z. B. in der Rechnung 2015 höher als 748 000 Franken, man kann also durchaus von einer Glättung sprechen.

S. 316	<b>45</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b>			
	<b>4540</b>	<b>Verkehrsbetriebe</b>			
	<b>3113 0000</b>	<b>Anschaffungen IT-Anlagen Software</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>186.</b>	Antrag Stadtrat			748 000 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		250 000		498 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Gemäss Rechnung 2016 budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 187.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dubravko Sinovcic (SVP):** Dieser Antrag wurde von den Initianten zurückgezogen, aber wir halten daran fest. Bevor neues Büromaterial angeschafft wird, soll zuerst einmal der verwaltungsinterne Fundus durchstöbert werden. Bei einer Verwaltung mit 20 000 Angestellten gibt es vielleicht den einen oder anderen Bürostuhl oder Schubladenkorpus, den man noch in einer anderen Dienstabteilung brauchen könnte, bevor man sie wegwirft.

**Christian Traber (CVP):** Büromöbel, um die es hier unter anderem geht, haben immer auch einen ergonomischen Aspekt und wirken sich auf die Arbeitsplatzqualität aus. Die Gesundheit der Mitarbeitenden ist in den Vordergrund zu stellen. Dieses Konto beinhaltet aber auch z. B. einen Paternoster-Lift, der in der Schreinerei gebraucht wird und so einer dürfte sich kaum im Fundus der Stadtverwaltung finden.

S. 316	45 4540 3119 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Verkehrsbetriebe</b> <b>Anschaffungen übrige Mobilien</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
187.	Antrag Stadtrat				467 500	Mehrheit
			165 500		302 000	Minderheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP)
			Begründung: Verzicht auf neue Büromöbel für Personaleinrichtungen in Depots und Garagen. Erhöhter Bedarf an Büromöblierungen im Bereich Betrieb. Aus dem bestehenden verwaltungsinternen Fundus ergänzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 188.

Kommissionsreferent:

**Christian Traber (CVP):** Die RPK findet einstimmig, dass 300 000 Franken eingespart werden können. Auch im Vergleich zur Rechnung 2016, zum Budget 2017 usw. ist diese moderate Kürzung sicher gut zu verkraften.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** Dies war nach 24 Jahren mein letzter Budgetantrag. Ich danke herzlich für die gute Zusammenarbeit.

S. 317	45 4540 3180 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Verkehrsbetriebe</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>188.</b>	Antrag Stadtrat		300 000		32 585 500 32 285 500	Zustimmung
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Zu hohe Kostensteigerungen für Honorare und Beratungen (z. B. für «Innovationsmanagement», Organisationsentwicklungen oder externe Be- ratung für Mystery Shopping)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

### Antrag 189.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** In einer Budgetdebatte geht es immer auch darum, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wir von der SVP kommen nicht darum herum, der Gemeinderatsmehrheit zu sagen, was sie verantwortet. Daher eine kurze Rückschau auf die Korrekturen, die wir mit unseren Kürzungen durchzusetzen versuchen bzw. auf unsere Klagen: «Reformitis» und Bürokratisierung, endlose Verteuerung des Bildungs-, Betreuungs- und Therapiewesens, grosse Defizite bei der Planung und Realisierung der Volksschulen, Kellerkinder in Seebach, Pathologisierung der Kinder, markante Zunahme von Stress sowohl bei den Kindern als auch bei den Lehrpersonen. Diese Schul- und Bildungspolitik kann die SVP nicht unterstützen. Im Budget 2018 sind 956 Millionen Franken für die Bildung (Volksschule, Kindergarten, Sonderschulen) eingestellt. 2011 waren es noch 702 Millionen Franken. Es wird immer wieder das riesige Schülerwachstum vorgebracht. Dieses betrug von 2011 bis 2016 aber lediglich 16 Prozent, während die Kosten der Volksschule in der gleichen Zeit um 44 Prozent und die Kosten des Kindergartens um 75 Prozent zugenommen haben. Das Schul- und

*Sportdepartement (SSD) hat zu viel Geld, auch in der Zentralen Verwaltung. Unsere Kürzung um 10 Prozent ist homöopathisch.*

**Alan David Sangines (SP):** *Die Mehrheit findet, es wurde gut budgetiert. Wir haben viele Fragen gestellt und diese wurden ausführlich beantwortet.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** *Die SVP ist bei jedem Antrag betreffend des SSD allein, sie hat folglich das Monopol auf bürgerlicher Bildungspolitik. Wir wollen zurück zum Klassenlehrer, es soll wieder gesunder Menschenverstand im SSD einziehen. Die Ausgaben pro Schüler steigen in der Stadt und im Kanton Zürich jedes Jahr, aber im Klassenzimmer merkt man das nicht und die Leistungen der Schüler steigen nicht. Den (Klassen-) Lehrpersonen wird Verantwortung weggenommen, indem für jeden Fall irgendein Gefäss in Form einer Fachstelle errichtet wird. Klar beschwerten sich die Lehrpersonen nicht, wenn ihnen die Arbeit abgenommen wird und sie den Lohn trotzdem bekommen. Aber es kann nicht sein, dass der Bürokratieapparat jedes Jahr aufgebläht wird und in diesem Departement kein Franken gespart wird. Lehrer und Kreisschulpfleger könnten genau sagen, wo es überall Sparpotenzial gibt.*

**Walter Anken (SVP):** *Eine gute Freundin von mir hat drei Buben. Als einer von ihnen in der ersten Klasse den Purzelbaum nicht konnte, gab es eine grossen Aufruhr und die Schulbehörde schickte einen Brief nach Hause. Nachdem ich mit den Buben einen Abend lang geübt hatte, konnten alle drei den Purzelbaum – sogar der Dreijährige. Es ist also durchaus möglich, dass man hier sparen kann.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Bürgerliche Bildungspolitik ist dann erfüllt, wenn jedes Kind die Bildung bekommt, die es braucht, aber nicht viel mehr – und vor allem soll es nicht verhätschelt und verzärtelt werden. Insbesondere in zwei Fällen haben die GLP, die CVP und die FDP einen eigenen Kürzungsantrag, der sogar noch mit einem Postulat unterstrichen wird. Das grösste Ausgabenwachstum im Bereich Schule und Volksschule haben wir übrigens bei der Betreuung. Und es gibt ein Konzept, mit dem dieses Wachstum bei gleich gut bleibender Leistung gebremst werden kann, nämlich die Tagesschule. Dem verschliesst sich die SVP aber gänzlich, obwohl die Tagesschule für eine gleich gute Betreuung sorgt, den Staat weniger kostet und die Kinder unter dem Strich mehr zu Hause sein lässt.*

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** *Bildung ist unsere wertvollste Ressource, sie legt die Basis für eine funktionierende Demokratie, für Arbeit, Innovation, Forschung und Wohlstand. Die vergleichsweise tiefe Jugendarbeitslosigkeit ist eine direkte Folge der hohen Qualität unserer Schulen. Die Stadt und der Kanton Zürich bilden eine der finanzkräftigsten Regionen der Welt und den grössten Bildungsplatz der Schweiz. Sparmassnahmen im Bildungsbereich sind in den letzten Jahren bereits erfolgt, die Zitrone ist ausgepresst. Mit weiteren Sparmassnahmen entzieht man unseren Jugendlichen die Chance auf die bestmögliche Ausbildung und man schadet langfristig dem Forschungs- und Wirtschaftsstandort Zürich.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Jeder definiert bürgerliche Bildungspolitik ein wenig anders. Wir versuchen, eine Schul- und Bildungspolitik zum Wohl der Kinder zu machen, während Severin Pflüger (FDP) von Geld, Ökonomisierung und von Tagesschulprojekten spricht.*

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** *Die sogenannte bürgerliche Schulpolitik ist nationalkonservativ und wir haben am Zürichberg gesehen, was das bringt.*

**Stefan Urech (SVP):** Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) hat eine grossangelegte Studie zur Tagesschule gemacht. Die ist zum Schluss gekommen, dass alle Versprechen der Tagesschule, wie etwa bessere Integration und bessere Förderung der Bildungsgleichheit, nicht eingelöst wurden. Die Ratsmehrheit zieht aus der Studie den Schluss, dass es einfach mehr Geld brauche. Sie verrennt sich in ein Multimilliardenprojekt, das erwiesenermassen nichts bringt. Die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen Tagesschulen, aber gegen eine flächendeckende Tagesschule.

**Samuel Balsiger (SVP):** Wenn man das Parteipolitische weglässt und sieht, dass es um Kinder geht, die vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen, muss man auch die vielen Missstände sehen. Angesichts der Tatsache, dass beispielsweise jedes dritte Kind während seiner Schulzeit irgendwann einmal eine sonderpädagogische Förderung erhält, also therapeutisch betreut wird, kann doch irgendetwas nicht stimmen. Es braucht harte Reformen im Schulbereich. Die Welt ist sehr global geworden, die Kontinente stehen im Wettbewerb zueinander. Während wir viel Geld in das linke Schulsystem buttern und am Schluss nichts dabei herauskommt, verfolgt z. B. China einen ganz anderen Ansatz. China setzt auf Leistung und auf Prinzipien, die früher in der Schweiz auch noch gegolten haben, als es noch eine bürgerliche Bildungspolitik gab. In China funktioniert das. Bei uns funktioniert das System nicht mehr und gerade auch wegen der vielen bildungsfernen Migranten müsste man für eine stabile Gesellschaft sorgen, damit den Kindern ein guter Start ins Leben ermöglicht wird.

S. 322	<b>50</b> <b>5000</b> <b>3010 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>189.</b>	Antrag Stadtrat				5 523 700 Mehrheit 104 000 N	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			560 000		5 067 700 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung:	Aufgrund der verlangten Einsparungen beim Ausbau im Betreuungs- und Therapiebereich weniger Personalaufwand in der Zentralen Verwaltung		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 190.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** 2014 betrug das Budget noch 562 000 Franken. Wir wollen das Personal plafonieren oder sogar leicht zurückfahren, aber sicher nicht ausbauen. Wir wollen auf die Praktikumsstelle für Quereinsteiger für 40 000 Franken verzichten und auf das Budget 2016 zurückgehen.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit findet es gut, wenn das Personal ausgebildet wird, denn das ist eine Investition in die Zukunft.

S. 322	<b>50</b> <b>5000</b> <b>3012 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Löhne des Personals in Ausbildung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>190.</b>	Antrag Stadtrat				701 900 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			40 000		661 900 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Verzicht auf Anstellung einer zusätzlichen Person			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 191.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Das Budget steigt jedes Jahr. 2015 lag der Betrag noch bei 650 000 Franken, 2018 sind es bereits 720 000 Franken. Begründet wird dies mit alten, schwerfälligen und kostenintensiven Applikationen, die durch neue ersetzt werden. Dank neuen Applikationen sollte es doch aber möglich sein, auf dem Konto endlich eine Stabilisierung zu erreichen. Weiter ist von einer Basisfunktionalität einer App die Rede; wenn diese genutzt worden wäre, hätten die Lizenzkosten gespart werden können.

**Alan David Sangines (SP):** Der Anstieg auf diesem Konto ist auf die Lizenzgebühren in Höhe von 20 000 Franken für eine Notfall-App für die Fachstelle für Gewaltprävention zurückzuführen. Die Mehrheit findet diese App sinnvoll und lehnt die Kürzung ab.

S. 323	<b>50</b> <b>5000</b> <b>3153 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Unterhalt IT-Anlagen Software</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>191.</b>	Antrag Stadtrat				740 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

20 000

720 000 Minderheit

Stefan Urech (SVP)  
Referent, Peter Schick  
(SVP)

Begründung: Neue Applikationen ersetzen alte und somit fällt deren Unterhalt weg

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

#### Antrag 192.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Die SVP ist weiterhin überzeugt, dass es nicht Kernaufgabe der Stadt ist, ein Indianermuseum zu führen und zu unterhalten. Man könnte das Ganze ohne Probleme einer privaten Organisation übergeben und dadurch viele Kosten sparen. Auch bei der Gewaltprävention gilt: Qualität vor Quantität. Die zusätzlichen 80 000 Franken gegenüber der Rechnung 2014 haben nicht viel gebracht.

**Alan David Sangines (SP):** Die Fachstelle für Gewaltprävention leistet wichtige Arbeit in Krisensituationen in den Schulen und auch im Bereich der Erkennung von Extremismus und soll daher nicht gekürzt werden.

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Durch Prävention müssten die Gewaltfälle über die Jahre eigentlich weniger werden. Doch gerade im letzten Geschäftsbericht konnte man lesen, dass die Fachstelle für Gewaltprävention jedes Jahr mehr Einsätze hat. Wenn es in einer Klasse Spannungen oder gewalttätige Kinder gibt, kann der Klassenlehrer, der die Kinder seit Jahren kennt und einen guten Draht zu ihnen hat, das klären – es braucht keine Fachstelle.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Fachstelle versucht zu erkennen, ob bei muslimischen Jugendlichen Gewaltpotenzial vorhanden ist und interveniert nötigenfalls. Es bringt aber nichts, im Klassenzimmer zu intervenieren, wenn jemand bereits auf einen Hass eingeschworen ist. Es wäre viel sinnvoller, z. B. bei der Koran-Verteilaktion «Lies!» anzusetzen. Diese ist in Deutschland verboten worden, weil nachgewiesen wurde, dass ein Grossteil der Leute, die nach Syrien in den Krieg zogen, über diese Aktion radikalisiert worden war. Die SVP hat x Vorstösse zum Thema Islamismus eingereicht und jedes Mal antwortete der Stadtrat, es gebe keine Probleme. Dort, wo man handeln müsste, stellt der Stadtrat einen Persilschein für Islamisten aus, das sagte sogar Kurt Pelda, ein ausgewiesener Experte im Syrienkonflikt.

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Die Infragestellung der Wirksamkeit der Fachstelle für Gewaltprävention konnte mit keinem Beispiel bekräftigt werden, im Gegenteil. Der gestrige, lange Vortrag von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) mit dem richtigen Hinweis, dass Korrelation und Kausalität nicht miteinander verwechselt werden dürfen, sollte in der SVP-Fraktion noch einmal gehalten werden.

**Johann Widmer (SVP):** Durch die linke Schulpolitik wurden die Klassenlehrer desavouiert und demontiert, das führte zu mehr Gewalt.

S. 323	<b>50</b> <b>5000</b> <b>3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>192.</b>	Antrag Stadtrat				361 800 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			200 000		161 800 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Reduktion von Drittleistungen bei der Fachstelle für Gewaltprävention und beim NONAM			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 193.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** *Der Budgetanstieg von 2017 zu 2018 beträgt knapp 600 000 Franken. Allein im Schulamt (SAM) gibt es 15 Projekte. Begründet wird das Ganze mit der Optimierung manueller Prozesse. Ich frage mich, warum die Personalkosten ansteigen, wo doch schon die IT-Kosten ansteigen und manuelle Prozesse optimiert werden – das müsste wenigstens zu einer Plafonierung der Aufgaben führen, was aber nicht der Fall ist. Wenn man manches ins Budget 2019 verschieben würde, liesse sich ein wenig sparen.*

**Alan David Sangines (SP):** *Es wurde bereits tabellarisch gekürzt und die Mehrheit findet eine weitere Kürzung nicht sinnvoll.*

S. 323	<b>50</b> <b>5000</b> <b>3189 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>193.</b>	Antrag Stadtrat				2 900 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			210 000		2 690 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Reduktion im Departementssekretariat und im Schulamt, die Begründung der Verwaltung überzeugt nicht

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 006. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 210 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 193a.

**Dubravko Sinovcic (SVP)** stellt folgenden Antrag zum Budget: Es geht um Beiträge an Drittbibliotheken in der Stadt. Die Stadt Zürich hat u. a. immer einen jährlichen Beitrag von 10 000 Franken an die Lesegesellschaft Wollishofen entrichtet. Dieser Verein besteht seit 1798 und hat sich zur Aufgabe gemacht, der Öffentlichkeit Printmedien zur Verfügung zu stellen. Mit den 10 000 Franken betreibt der Verein in Wollishofen eine kleine Quartierbibliothek, in der Familien mit Kindern und die breite Öffentlichkeit an zwei Nachmittagen pro Woche Printmedien zu einem Unkostenbeitrag konsumieren können. Die Stadt hat den Beitrag eingestellt, weil sie die Bibliotheken zentralisieren will. Mit den Pestalozzi Bibliotheken (PBZ) wird mit x Millionen Franken das gleiche Angebot geschaffen und hier macht es ein privater Verein mit 10 000 Franken. Dass die Stadt bei der Quartierbevölkerung spart und eine Kulturinstitution, die eine sinnvolle Aufgabe erfüllt, mit einer falschen Sparmassnahme bestraft, tolerieren wir nicht. Der Beitrag soll weiterhin gezahlt werden, um der Quartierbevölkerung von Wollishofen die Nutzung dieses Angebots, das gerade auch für Kinder sehr wertvoll ist, weiterhin zu ermöglichen. Wir haben schon genug Vorschläge gemacht, wo diese 10 000 Franken in anderen Bereichen problemlos eingespart werden könnten.

Weitere Wortmeldungen:

**Christian Traber (CVP):** Einerseits sind wir mit dem Vorgehen der SVP, die sonst immer überall sparen will und jetzt, wenn es um ein Partikularinteresse geht, plötzlich anderer Meinung ist, nicht einverstanden. Andererseits wollen wir nochmal Hand bieten für diese 10 000 Franken, dies aber in der Hoffnung, dass sich die kleine, im Quartier verankerte Bibliothek mittelfristig überlegt, wie sie zu anderen Einnahmen gelangen könnte. In den zweieinhalb Jahren scheint sie in dieser Hinsicht nicht gerade viel unternommen zu haben. Unsere Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

**Shaibal Roy (GLP):** Der Antrag kommt zur Unzeit und ist mit Blick auf das Postulat auch nicht stringent. Wenn schon, hätte man zwei Anträge stellen müssen, um im Bereich Kultur 10 000 Franken einzusparen und den Betrag dadurch kostenneutral zu machen. Die SVP wurde x-fach darauf hingewiesen, dass sie diesen Antrag in der RPK hätte stellen können. Trotz allem haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

**Walter Angst (AL):** Die Gesellschaft hat zweimal pro Woche dreieinhalb Stunden geöffnet, das heisst, die SVP will pro Stunde Öffnungszeit 30 Franken investieren. Das Angebot ist exklusiv, also nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wir geben unseren Leuten aus dem Quartier ebenfalls die Möglichkeit, mit der SVP zu stimmen, auch wenn es ein Irrsinn ist, diese kleine Bibliothek gegen die PBZ auszuspielen, die die SVP immer herunterfahren will.

**Stefan Urech (SVP):** Ich erinnere mich jetzt, dass wir in der RPK einmal darauf hingewiesen wurden und entschuldige mich, auch im Namen von Peter Schick (SVP), dass dies – unter den über 160 Anträgen – untergegangen ist.

**Felix Moser (Grüne):** Der Vergleich mit der PBZ ist irritierend. Nichtsdestotrotz finden wir den Service Public in den Aussenquartieren generell sehr wichtig und stimmen dem Antrag deshalb zu.

**Samuel Balsiger (SVP):** Es geht nicht nur um 10 000 Franken, sondern um den 219-jährigen und den damit ältesten Verein in der Stadt, der wegen einer hirnrissigen Kürzung unmittelbar in seiner Existenz bedroht ist. Es macht keinen Sinn, in einer Zeit der Digitalisierung, in der alle immer Angst haben, die Kinder hätten keinen Bezug zu Büchern mehr und die Leute würden nicht mehr miteinander interagieren, eine Bibliothek mit einem Angebot für die Allgemeinheit zu schliessen.

**Alan David Sangines (SP):** Die SP findet es begrüssenswert, wenn die SVP plötzlich in Bibliotheken investieren will. Wir hoffen, dass die SVP auch bei Antrag 208. gleicher Meinung sein wird, wo es um die Kanzleibibliothek geht, die eher ausländische Kinder besuchen. Das Vorgehen ist aber wirklich schwierig. Ich habe in der RPK ausdrücklich gefragt, ob es sich um ein Budgetpostulat handelt und darauf hingewiesen, dass wir es vielleicht unterstützen würden, hierfür aber mehr Informationen bräuchten. Die SP kann den Antrag grundsätzlich unterstützen, wegen des Vorgehens wird es aber vielleicht auch ein paar Enthaltungen geben.

**Dubravko Sinovcic (SVP):** Wir finden diese Bibliothek eine gute Sache, das heisst aber nicht, dass wir grundsätzlich alles gut finden, für das Geld ausgegeben wird. Ja, es sind 30 Franken pro Stunde – der Abfallunterricht, um den es nächstes Jahr geht, ist wesentlich teurer. Es geht um die Quartierbevölkerung und nicht um Partikularinteressen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Gerold Lauber:** Es ist legitim, sich für lokale Interessen starkzumachen. Aber es gibt die PBZ. In den letzten Jahren haben wir die PBZ wirklich sauber geplant, darum war die diesjährige Debatte dazu auch relativ schlank. Schon vor fünf Jahren haben wir gesagt, die Lesegesellschaft Wollishofen passe nicht in die Bibliothekslandschaft, ebenso vor drei Jahren. Der Rat hat dies bis anhin mit einer gewissen Nonchalance aufgenommen. Wenn die 10 000 Franken eingestellt werden, zahlen wir sie natürlich weiterhin aus. Es ist aber eine Illusion zu glauben, der Verein würde mittelfristig sehen, wie er zu Mitteln kommt – das hätte er schon längst tun können. Ich wäre froh, wenn der Antrag keine Mehrheit finden würde.

S. 324	50 5000 3640 0800	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Übrige Beiträge an Bibliotheken			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>193a.</b>	Antrag Stadtrat			24 500 10 000 34 500	Dubravko Sinovcic (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf Streichung Beitrag Lesegesellschaft Wollishofen im Hinblick auf hängiges Postulat GR Nr. 2017/385		

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Dubravko Sinovcic (SVP):

Der Rat stimmt dem Antrag von Dubravko Sinovcic (SVP) mit 75 gegen 34 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 194.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Von 2016 bis 2017 hat das Konto bereits um 330 000 Franken zugenommen und jetzt steigt der Betrag um 1,8 Millionen Franken oder um 27 Prozent. Begründet wird dies mit Lehrmitteln, die beschafft werden müssen und mit der wachsenden Anzahl Schülerinnen und Schüler, wobei dieses Wachstum nur bei 6 Prozent liegt. Das Verbrauchsmaterial nimmt um 300 000 Franken und das Beschäftigungsmaterial um 110 000 Franken zu. Eine Verbesserung um 500 000 Franken ist möglich. Die neuen Lehrmittel können immer noch bezogen werden und es könnte vermehrt der elektronische Einsatz von Lehrmitteln ein Thema sein, schliesslich werden die Kinder im digitalisierten Zeitalter leben und arbeiten. Die Verwaltung schreibt selbst, die Ersatzbeschaffung von Lehrmitteln könne gestaffelt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Mehr Schülerinnen und Schüler bedeuten auch mehr Lehrmittel, darum hält die Mehrheit die Ausgabe für gerechtfertigt.

Weitere Wortmeldung:

**Johann Widmer (SVP):** Ich habe nichts gegen Lehrmittel, aber die heutigen Lehrmittel sind nicht mehr gut und es ist nicht sinnvoll, Schülerinnen und Schüler damit zu unterrichten. In der Berufsschule ist die Sprach- und Rechenkompetenz z. T. sehr tief.

S. 326	50 5005 3103 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Büromaterialverwaltung</b> <b>Lehrmittel</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>194.</b>	Antrag Stadtrat				8 496 400	Mehrheit
			500 000		7 996 400	Minderheit
		Begründung:	Kostenanstieg bei den Lehrmitteln durch Reduktionen in anderen Bereichen auffangen			
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 195.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Dieses Konto war in den vergangenen Jahren relativ stabil und steigt jetzt plötzlich um 30 Prozent an. Man könnte Geld einsparen, wenn man das Material per sofort über die Einkaufsgemeinschaft der Spitäler beziehen würde. Es ist erstaunlich, dass dies nicht schon längst passiert ist. Die Reduktion um 20 000 Franken ist bescheiden.

**Alan David Sangines (SP):** Auf Anregung von Dorothea Frei (SP) in der RPK prüft die Verwaltung im Moment, ob sie über die Einkaufsgemeinschaft der Spitäler medizinisches Material beziehen könnte. Die Kürzung ist im jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

S. 326	50 5005 3136 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> Schul- und Büromaterialverwaltung Medizinische Bedürfnisse				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
195.	Antrag Stadtrat				90 000	Mehrheit
			20 000		70 000	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP)
			Begründung: Material günstiger beschaffen über Einkaufsgemeinschaft			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 196.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Im letzten Jahr wurde überbudgetiert, weil die Gegenseite vom Verve der Betreuung ergriffen war. Die Betreuung ist mit 108 Millionen Franken aufgeführt und kann um einiges gekürzt werden. Für die Zentralen Dienste sind 14 Millionen Franken eingestellt, davon 1 Million Franken für Tagesschulen. Wir sind für ein völlig anderes Modell von Tagesschulen und werden dieses rechtzeitig bringen, wenn es reif ist. Weitere Punkte sind der verzögerte Ausbau der Schulsekretariate sowie Klassenassistenzen, um Fehler in der Integrierten Förderung zu korrigieren. Bei der Integrierten Förderung kann man ohne Weiteres sparen.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit will nicht auf das Pilotprojekt II «Tagesschule» verzichten. Die Verwaltung hat ihre Sparbemühungen bei den Schulleitungssekretariaten, die wir letztes Jahr in Auftrag gegeben haben, umgesetzt.

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** Um allfällige Missverständnisse auszuräumen: Die Tagesschule ist nicht Teil von «Top 5». Wir arbeiten schon lange an der Tagesschule und zwar mit jenen Parteien, die dazu bereit sind. Wenn die SVP bereit wäre und ein Konzept hätte, wäre sie unsere erste Anlaufpartnerin – bis anhin hat sie sich dem Thema aber immer verweigert. Die Betreuungskosten explodieren. Die Bevölkerung will, dass ihre Kinder in der Schule gut aufgehoben sind und verlangt die Tagesschule. Diese sollte so gemacht werden, dass sie für alle optimal ist, aber sie muss nicht besser sein als das heutige System. Der SNF hat andere Tagesschulen analysiert, die kaum etwas mit dem Tagesschulprojekt 2025 zu tun haben. Er kommt zum Schluss, dass es im pädagogischen Sinn und bezüglich Integration und Chancengleichheit mit Tagesschulen zwar nicht besser wird, aber auch nicht schlechter.

**Dr. Davy Graf (SP):** Die Betreuung und die Tagesschule sind die grossen Herausforderungen der nächsten Jahre. Wenn dieses Thema nicht Teil von «Top 5» ist, ist das eine Bankrotterklärung dieses Bündnisses.

**Johann Widmer (SVP):** In den 60er-Jahren hat die Gegenseite den Gang durch die Institutionen propagiert und ist damit leider durchgekommen. Jetzt haben wir die Tagesschule und was dem Volk über die Zeitungen eingeredet wird, muss in der Stadt natürlich umgesetzt werden. Die Folgen davon sind aber noch nicht ausgefochten.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir haben die Tagesschulen, die in der Stadt seit Jahren funktionieren, nie grundsätzlich kritisiert. Im Pilotprojekt I haben wir Nein gesagt, weil uns das, was angeblich zum Wohl der Kinder auf die Beine gestellt wurde, zutiefst zuwiderlief. Es kann sein, dass wir in Phase II markante Änderungsvorschläge machen.

S. 328	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3010 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>196.</b>	Antrag Stadtrat				179 131 900 - 104 000 N	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			9 000 000		170 027 900	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Rückbau resp. reduzierter Ausbau des Betreuungsangebots bei den Schulsekretariaten, Klassenassistenzen und den zentralen Dienstleistungen, Verzicht auf Pilotprojekt 2 «Tagesschule»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 197.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Das Budget steigt stetig und es werden Stellen geschaffen, aber die Qualität wird nicht besser. Wir stoppen den exzessiven Ausbau im Bereich Betreuung und wollen keine neuen Lehrstellen oder Praktikumsstellen und auch nicht, dass Lehrabbrüche durch Praktikumsstellen ersetzt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit erachtet Ausbildungsplätze als sinnvolle Investition in die Zukunft.

S. 328	<b>50 5010 3012 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Personals in Ausbildung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>197.</b>	Antrag Stadtrat				5 585 300	Mehrheit
			400 000		5 185 300	Minderheit
			Begründung:	Kein weiterer Ausbau von Lehr- und Praktikumsstellen im Bereich, kein Ersatz bei Lehrabbrüchen durch Praktikanten		
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 198.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Bei Elterngesprächen müssen Dolmetscher eingesetzt werden. Glaubt der Stadtrat wirklich, dass Integration so funktioniert? Ausserdem haben wir in den letzten Tagen schon Deutschkurse für fremdsprachige Eltern beschlossen – es ist ein Fass ohne Boden. Das personell stark besetzte SAM müsste in der Lage sein, Schu-valuationen ohne Beizug von Dritten durchzuführen.

**Alan David Sangines (SP):** Die Schulen bestellen Dolmetscherinnen und Dolmetscher nur bei Bedarf, wenn es z. B. absolut notwendig ist für ein Elterngespräch. Offenbar gilt der Punkt in der Begründung «Begleitung von Schülern mit medizinischen Indikationen» nicht mehr, aber der Betrag wird nicht entsprechend angepasst. Es ist nicht klar, was der Antrag alles umfasst und die Mehrheit lehnt ihn auf jeden Fall ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Im Schulhaus, in dem ich Kreisschulpfleger war, waren an einem Elterninformationsabend mehr Dolmetscher anwesend als Eltern. Daraufhin stellte ich in der Plenarversammlung der Kreisschulpflege den Antrag, dass Dolmetscher für Elternabende in Zukunft bestellt werden müssen. Dieser wurde jedoch nur von den drei SVP-Kreisschulpfleger unterstützt. Meines Wissens sind die Dolmetscher immer noch ohne Weiteres anwesend und stehen zur Verfügung.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir berufen uns auf diesen Satz in den Antworten: «Etwa 10 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Schulalter sind von einer chronischen Krankheit oder gesundheitlichen Einschränkung betroffen.» Demnach braucht jedes fünfte Kind Begleitung, aber hierzu müssten zuerst Fragen gestellt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Wir haben nachgefragt. Es geht hier nicht um Therapien, sondern um Kinder, die z. B. Herzfehler haben oder unter Epilepsie leiden.

S. 328	50 5010 3018 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
198.	Antrag Stadtrat				670 700 Mehrheit
			200 000		470 700 Minderheit
			Begründung:	Reduktion von Dolmetscherdiensten sowie Arbeitseinsätzen für QUIMS, Pfade, Begleitung von Schülern mit medizinischen Indikationen etc., keine undurchsichtigen Budgetkorrekturen und Evaluationen Frühförderung	
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 199. und 200. (Postulat GR Nr. 2017/441)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Das Konto 3020 Löhne der Lehrkräfte umfasst viel Überbetreuung und Übertherapierung, deshalb wollen wir 6 von 64 Millionen Franken einsparen. Dies bei der Hausaufgabenhilfe, die von 7 auf 9 Millionen Franken steigt, bei der Logopädie, die um 800 000 Franken auf 9,3 Millionen Franken steigt, und bei der Psychomotorik, die um 500 000 Franken auf 3,7 Millionen Franken steigt. Reduktionen wollen wir auch bei der situativen Förderung, bei «Back to School», beim Einzelunterricht und bei der Betreuung durch Lehrpersonen in den Tagesschulen.

**Isabel Garcia (GLP)** begründet den Antrag der Kommissionsminderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3569/2017): Die Minderheit 2 beantragt, auf den Ausbau zu verzichten, das entspricht einer Kürzung um 820 000 Franken. In den letzten 10 bis 15 Jahren sind die Ausgaben im Bereich der Sonderpädagogik relativ stark gewachsen. Das bereitet uns sowohl bezüglich der allgemeinen Entwicklung als auch finanziell Sorgen. Mit dem Begleitpostulat bitten wir den Stadtrat, die Entwicklung auch mittel- und langfristig zu dämpfen.

**Alan David Sangines (SP)** begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit, den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag und beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Abgesehen von einem Satz, stimmt dieses Postulat mit dem Postulat überein, das bereits letztes Jahr in die Budgetdebatte eingebracht und vom Rat haushoch abgelehnt wurde. Sämtliche Begründungen und Argumente der GLP wurden sowohl vom Vorsteher des SSD als auch vom Rat widerlegt. Die GLP hätte genügend Zeit gehabt, mit der Schulpflege zu sprechen, die bis heute nicht weiss, woher die GLP diese Zahlen hat. Der Vorwurf, die Kinder würden pathologisiert, ist falsch und zeigt, dass die GLP nicht versteht, was alles unter die sonderpädagogischen Massnahmen fällt. Dazu gehören nämlich: Sonderschulen und Therapien (z. B. Audiopädagogik, Logopädie), Integrative Förderung in der Schule, Deutsch als Zweitsprache und Aufnahmeklassen. Die Sonderschulquote wurde stabilisiert und das Monitoring zeigt sogar eine rückläufige Tendenz: 2014 betrug die Sonderschulquote 4 Prozent, im Moment liegt sie noch bei 3,4 Prozent. Eine wachsende Stadt kann aber auch im Bereich Sonderpädagogik nicht einfach zurückfahren. In den letzten Jahren wurde in diesem Bereich sehr zurückhaltend budgetiert, das muss man jetzt ein wenig hochfahren. Es ist auch eine Realität, dass Eltern mit Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf eher in die Städte ziehen, weil sie denken, in der Stadt eher Hilfe zu finden. Aufgrund der kantonalen Vorgaben dürfte die Stadt bis zu 140 Vollzeiteinheiten im Bereich Therapien budgetieren – 2018 sind aber nur 124 Vollzeiteinheiten budgetiert. Die Behauptung, die sonderpädagogischen Massnahmen würden unkontrolliert wachsen und dem müsse der Riegel vorgeschoben werden, ist nachweislich falsch. Dies nur schon deshalb, weil das Volksschulgesetz (VSG, AS 412.100) das gar nicht zulässt. Es ist erkannt, dass zu viele Fachpersonen in den Schulzimmern die Kinder überfordern können, aber z. B. mit dem kantonalen Projekt «Fokus Starke Lernbeziehungen» (FSL) wird der Ansatz verfolgt, die Anzahl von Betreuungspersonen in den Schulzimmern zu reduzieren. Es ist bedauerlich, dass die Familienpartei CVP, die letztes Jahr noch erzählt hat, dass manche Schülerinnen und Schüler monatelang auf Abklärungstermine warten müssen, bei diesem Antrag und beim Postulat mitmacht. Wir verlangen Abstimmung unter Namensaufruf.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Gerold Lauber:** Das Bild, das vorhin in der Grundsatzdebatte gezeichnet wurde, entspricht nicht meinem Bild. Die Stadtzürcher Volksschule ist heute gut unterwegs, wie Schulbesuche und Gespräche mit Eltern beweisen. In der Vergangenheit hätte man im Bereich Frühförderung und Sonderpädagogik aber mehr machen müssen. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, weil es ohnehin bereits erfüllt ist – die Begründung des Postulats stimmt aber nicht. Bereits im Budget 2014 wurden die Therapien gekürzt. Wir haben Kontrollmechanismen installiert und das Wachstum ziemlich gut im Griff – das Budget 2018 liegt, ohne Kürzung, unter der Ist-Situation 2014. Die Sonderschulquote lag 2014 bei 4 Prozent und 2017 noch bei 3,46 Prozent. Die Therapiequote lag 2014 bei 8,44 Prozent und 2017 bei 7,98 Prozent. Das VSG und die Verordnung für die sonderpädagogischen Massnahmen (VSM, AS 412.103) geben in einigen Bereichen Höchstzahlen vor, die die Stadt in jedem Fall deutlich unterschreitet. Bei der Logopädie und der Psychomotorik gibt es Wartelisten und das soll jetzt durch zusätzliche Stellen ausgegli-

*chen werden, wobei aber nicht einmal das ganze Schülerwachstum nachvollzogen wird. Es handelt sich nicht um freiwillige Leistungen; auf Logopädie und Psychomotorik besteht ein rechtlicher Anspruch. Das VSG und VSM geben sehr genau vor, wie die Ressourcen bereitzustellen sind. Es könnte daher sein, dass es hier um gebundene Ausgaben geht. Wenn auf dem Konto gekürzt werden soll, finden wir einen Weg, wie damit umgegangen werden kann, spezifische Kürzungsvorgaben sind aber nicht zu verantworten.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 185, Beschluss-Nr. 3589/2017).

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **3608. 2017/459**

**Dringliche Schriftliche Anfrage der AL-Fraktion und 28 Mitunterzeichnenden vom 16.12.2017:**

**Verkauf der Rolf Bossard AG (RBAG), Angaben zu den Geschäftszahlen und den Aufträgen der RBAG sowie Einflüsse bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte auf den Verkehrswert und das Personal**

Von der AL-Fraktion und 28 Mitunterzeichnenden ist am 16. Dezember 2017 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Vorsteher des TED hat nach der fristlosen Entlassung von Urs Pauli angekündigt, dass er die Rolf Bossard AG verkaufen wolle. Dieses Vorhaben scheint sich zu konkretisieren. Das Präsidium des Verwaltungsrats ist extern an Martin Wipfli (Geschäftsführer Baryon AG) übergeben worden. Die Geschäftsleitung des ERZ im VR der RBAG vertritt der Leiter Logistik Thomas Bieri als einfaches Mitglied. Zwei von der RBAG ausgeführte Aufträge – die Sammlung und Verwertung von Karton aus Haushaltungen und Betrieben der Stadt Zürich im Wert von 442'500 CHF und die Bewirtschaftung der Sammelstellen in der Seeanlage rund ums Zürcher Seebecken im Wert von 59'760 CHF - sind an Dritte vergeben worden. Eine Ausschreibung des ERZ für die Überlassung von „Temporärpersonal zur Unterstützung bei der Sammlung und Abfuhr von Abfall und Wertstoffen in der Stadt Zürich“ per 1. April 2018 läuft. Die RBAG ist im Beteiligungsinventar der Stadt Zürich als öffentliche Unternehmung mit dem Vermerk „Anteil Stadt Zürich 100 % am AK von Fr. 0.45 Mio“ aufgeführt. Über die RBAG ist die Stadt Zürich im Besitz eines Werkareals an der Buchhagstrasse 20 in Oberhasli. Es stellen sich diverse kompetenzrechtliche, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Fragen. Wir bitten den Stadtrat, diese zu beantworten.

1. Wie viele Mitarbeiter/-innen sind bei der RBAG beschäftigt (nach Kategorien Belader, Chauffeure, Andere)? Wie hoch ist der Bruttojahreslohn der Personalkategorien?
2. Wie hoch ist der Umsatz der RBAG, wie hoch der Anteil dieses Umsatzes in der Stadt Zürich, wie hoch der Anteil, der direkt von ERZ oder beauftragten Dritten stammt?
3. Wie hoch ist der Bilanzwert der RBAG, wie hoch der Wert der mobilen (Fahrzeuge) und immobilien (Werk und Land in Oberhasli) Sachanlagen?
4. Gilt für die RBAG als öffentliche Unternehmung der Stadt Zürich das Konzernprivileg? Welche Auswirkungen hat dies auf die Verpflichtungen der Stadt bei der Vergabe von Aufträgen?
5. Werden im Jahr 2018 weitere bisher von der RBAG ausgeführte Aufträge auslaufen? Bitte um Angabe des Volumens dieser Aufträge?
6. Welche Strategie verfolgt das ERZ mit der Ausschreibung des Auftrags zur Überlassung von Temporärpersonal für Abfuhr und Abfall an Dritte?
7. Welchen Einfluss hat die Vergabe von Aufträgen an Dritte auf den Verkehrswert der RBAG?

8. Welchen Einfluss hat die Vergabe von Aufträgen an Dritte auf das Personal? Ist der Personalbestand reduziert worden? Sind Entlassungen ausgesprochen worden?
9. Gehen wir recht in der Annahme, dass aufgrund von Artikel 41 Absatz m der Gemeindeordnung (Kompetenz GR für Verkauf von Liegenschaften im Verkehrswert von über 1 Million Franken) ein Verkauf der RBAG dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreitet werden muss?

Mitteilung an den Stadtrat

### **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 16. Dezember 2017, 13.30 Uhr.